

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen...
—
—
—

Veröffentlichungen...
—
—
—

Veröffentlichungen...
—
—
—

Nr. 45

Sonntag, den 22. Februar 1925

20. Jahrgang

Der Reichstag über die Ruhrgeelder.

Die Regierungsparteien für einen Untersuchungsausschuss, die Sozialdemokraten verlangen Rückzahlung.

Berlin, 20. Febr. Der Reichstag begann heute seine Sitzung mit der Beratung der zweiten und dritten Lesung des Beschlusses über den am 1. September 1920 abgeschlossenen deutsch-französischen Wirtschaftsabkommen. Der Vertrag wird dann gegen die Stimmen der Kommunisten endgültig angenommen, ebenso die Vorlage zur Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens mit Belgien.

Auf der Tagesordnung steht dann die Denkschrift über die Ruhrkredite, über die Verteilung der Reparationslasten und Schäden der Privatwirtschaft des Ruhr- und Rheingebietes. Verbunden damit werden kommunistische und sozialdemokratische Entwürfe auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ruhrkredite. Reichsfinanzminister Dr. v. Schieffelin leitet die Beratung mit der Erklärung ein, die Regierung erkenne an, daß bei den Ruhrkredittreibungen eine Staatsüberschreitung vorliegt, und sie erbittet hierfür Indemnität. Die Regierung habe von vornherein die Absicht gehabt, diese Angelegenheit dem Reichstag sofort nach seinem Zusammenritt zu unterbreiten.

Abg. Dr. Herz (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vergabe der 700-Millionen-Einschuldigung an die Ruhrindustrie. Die Denkschrift der Regierung schaffe keine befriedigende Aufklärung, sie sei nach den Worten der „Germania“ „die schlechte Verteilung einer schlechten Sache“. Sie schweigt über die wichtigsten Dinge, sie gibt den Briefwechsel zwischen Dr. Stresemann und Stinnes nur lückenhaft wieder. Briefe des Herrn Stresemann hätten in dieser Frage die Gesehung nicht ersehen können. Ein durchaus sachlich gehaltenes Schreiben des Deutschen Bergarbeiterverbandes, in dem um Heranziehung der Gewerkschaften zu den Verhandlungen ersucht wurde, ging der Regierung am 17. Oktober vorigen Jahres zu und wurde erst drei Monate später, am 19. Januar 1925, beantwortet. Die Reichsregierung hat mit der Vergütung der 700-Millionen-Einschuldigung an die Ruhrindustrie gefeils ja gefeils behandelt und dadurch das Ansehen des Reiches geschädigt. Die Regierung hat der Industrie bei der Entschädigung noch Ueberpreise für die Kohlen bewilligt. Sie berechnet 18,43 Mark für die Tonne in einer Zeit, in der der Ruhrkohlenverband selbst den Preis einschließlich Abschreibungskosten auf nur 15,70 Mark berechnete. Weil die Ruhrindustrie sich unerhört bereichert hat, sind 7000 Arbeiter und Angestellte der Wittumschen brotlos auf die Straße gesetzt worden. Wir sehen die Angelegenheit nicht damit als erledigt an, daß ein Untersuchungsausschuss eingesetzt und die Gesehwindigkeit des Vorgehens der Reichsregierung festgestellt wird. Durch diese Millionenentschuldigung an reiche Industrielle ist auch die Aufwertungsfrage, die ja eine Frage der Mittel ist, in ein anderes Stadium geraten. Wir verlangen die Rückzahlung der Entschädigung, damit mit diesen Mitteln das schwere Unrecht aufgehoben wird, unter dem die Aufwertungsinteressen bisher leiden mußten.

Von den Parteien der Rechten und dem Zentrum ist ein Antrag eingegangen: Gemäß Artikel 34 der Verfassung wird

ein Untersuchungsausschuss

eingesetzt mit der Aufgabe, festzustellen, ob irgendwelche Beiträge an die Ruhrindustrie gefeils ausgezahlt worden sind und ob daher eine Rückzahlungspflicht vorliegt.

Reichstangler Entzwer

erklärte: Es klingt immer wieder so, als ob es sich hier um ein Problem der Ruhrkohle L. & Co. und wenige kleine Firmen handle. Aus der Denkschrift ergibt sich, daß es sich bei den 700 Millionen um die Gesamtschuldung handelt, die an Entschädigungen im besetzten Gebiet gezahlt worden sind. Die Zahl der Empfänger dieser Entschädigungen umfaßt 4000. Es handelt sich einfach um den Ertrag der durch Gewalt den Bewohnern der besetzten Gebiete weggenommenen Leistungen. (Widerpruch links.) Das Reich mußte, sobald es dazu imstande war, diese Leistungen erstaten. Auch Dr. Herz hat mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß Rhein und Ruhr nicht Reparationsleistungen werden dürfen. Mit Worten ist es aber nicht getan. Wenn man das nicht will, muß man auch in dem Augenblick, wo es notwendig ist einsetzend handeln.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) würdigt die schwierigen Verhältnisse im Ruhrgebiet, erklärt aber das Vorgehen der Regierung für nicht berechtigt. Es bestehe kein Zweifel, daß das Ruhrgebiet in einem gewissen

Sturz des preußischen Kabinetts Marx.

Der Vertrauensantrag für Marx mit drei Stimmen Mehrheit abgelehnt.

Im Preussischen Landtag behielten gestern wieder die vereinigten Oppositionsparteien: Deutsch-nationale, Kommunisten, Wirtschaftsparteiler und Deutsche Volksparteiler die Oberhand. Bei der Abstimmung über den Vertrauensantrag der Regierungsparteien erzielte die buntegemischte Opposition 221 Stimmen gegen 218 Stimmen der Verfassungsparteien: Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Ministerpräsident Marx erklärte darauf im Namen des Gesamtkabinetts dessen Demission.

Das kaum zusammengebrachte Kabinett Marx ist gestern gestürzt worden. Für die augenblicklichen Seiten ist nichts so kennzeichnend wie die Tatsache, daß nach Verkündung des Resultates durch den Präsidenten des preussischen Landtages Bravo und Händeklatschen von den Tribünen vernehmbar wurde. Fünf Zentrumsabgeordnete waren abwesend. Die Deutsch-nationalen und die Deutsche Volkspartei haben mit dem von ihnen bejubelten Resultat der Abstimmung den preussischen Staat und die ganze politische Situation in Deutschland auf das äußerste gefährdet. Am 4. oder 5. März wird abermals die Wahl eines Ministerpräsidenten durch den Landtag stattfinden. Daß diese Abstimmung wesentlich anders ausfallen wird, glauben ja wohl auch die Deutsch-nationalen nicht. Denn das Zentrum ist inzwischen von den Deutsch-nationalen in einer Weise brüskiert worden, daß ein Kompromiß zwischen diesen Parteien angesichts der Selbstachtung, die das Zentrum zu wahren pflegt, als ausgeschlossen gelten muß.

Umfange habe entschädigt werden müssen. In der Denkschrift werde aber von den Summen, die der Ruhrindustrie zugesprochen seien, nichts gesagt. Die entscheidende Frage sei die Erhaltung von Rhein und Ruhr gewesen. Zweifellos aber seien zu große Summen zu Unrecht an die Ruhrindustrie gezahlt worden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

gibt anschließend Auskunft über die Kabinettsbeschlüsse der Regierung, die damals zur Frage der Ruhrkredittreibung gefaßt wurden. Der Brief von Hugo Stinnes sei sämtlichen Mitgliedern des Reichskabinetts mitgeteilt worden. Am 20. Oktober trat das Kabinett zur entscheidenden Sitzung zusammen. Ich verhehe nicht, wie sich ein innerpolitischer Kampf darüber erheben kann, wer die Verantwortung zu tragen hat, denn in der damaligen Zeit war ein Eingangsgehen der deutschen Wirtschaft im besetzten Gebiet eine soziale, wirtschaftliche und politische Frage ersten Ranges. In der entscheidenden Sitzung wurde auch der preussische Ministerpräsident gebeten. Alle sozialdemokratischen Minister waren anwesend. In den Vorschlägen von Stinnes haben sämtliche Kabinettsmitglieder ihre Zustimmung gegeben. Ich habe am Schluß der Sitzung festgestellt, daß in dieser Frage eine Einmütigkeit besteht. Auch Soliman hat sich einverstanden erklärt. Auch der preussische Ministerpräsident Braun stimmte zu. Erst bei der Behandlung der Einzelheiten erklärte Schmidt, er könne zu den Einzelheiten nicht Stellung nehmen, da er zu den Vorbereitungen nicht zugezogen sei. Soliman hat, die Stellungnahme der Sozialdemokraten als Stimmhaltung anzusehen. Der Grundgedanke des Vorgehens hatte aber der sozialdemokratische Minister zugestimmt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 21 Mitgliedern wird angenommen. Die Denkschrift wird dem Haushaltsausschuss zugewiesen. Das Haus vertagt sich dann auf Montag, den 2. März, mit der Tagesordnung: Etat des Reichsberichtsamtstimmens.

Der Abschluß im Barmat-Untersuchungsausschuss.

Der Reichspräsident völlig unbetroffen.

In der Abend Sitzung des Untersuchungsausschusses des Reichstages wurde Dr. Röster, früher Legationsrat im Haag, vernommen. Er schilderte im Einzelnen, wie holländische Kreise ihm ungünstige Auskünfte über Barmat gegeben hätten. Nach Vernehmung des Zeugen Dr. Röster schlug der Vorsitzende Bögger vor, das Kapitel „Barmat und Reichspräsident“ abzuschließen und die beiden Berichterstatter mit der Ausarbeitung eines schriftlichen Berichtes zu beauftragen. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten stimmten dem Antrage zu, wobei Abg. Spahn (Zentrum) erklärte, die Beweiserhebung habe nichts dafür ergeben, daß der Reichspräsident sich irgendwo auch nur in einer Tatfrage vergangen habe. Der Antrag des Vorsitzenden wurde angenommen.

Auflösung des Landtages I

Berlin, 21. Febr. Auf die Frage, was nach dem Sturz des Kabinetts Marx werden soll, gibt die deutsch-nationale Presse die Antwort, eigentlich bleibe nur die Auflösung des Landtages übrig. Die „Freiheit“ gelöhnt jedoch noch einen anderen Weg vor, der sich aber nach dem, was in den Zeitungen über die Haltung des Zentrums verläutet, kaum als denkbar erweisen dürfte: nämlich die Bildung einer Regierung aus den bürgerlichen Parteien, die auf deutschnationalen Boden stehen, nämlich Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutsch-nationale Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung. Die „Zeit“ schlägt die Bildung einer parteipolitisch neutralen Beamtenregierung unter Führung von Marx vor. Die „Germania“ erklärt, die Tatsache, daß die Fraktion des preussischen Zentrums unmittelbar nach der Abstimmung die Abgeordneten v. Papen und Bismarck, die durch ihre unweifelhaft abschließliche Hehlung bei der einstehenden Abstimmung wesentlich zum Sturz des Kabinetts beigetragen haben, zur Niederlegung ihres Mandates aufgefordert habe, beweise deutlich, daß die Zentrumsfraktion entschlossen sei, den einmal von ihr befolgten Weg weiter zu gehen. Die Koalitionsparteien würden weiterkämpfen, koste es, was es wolle. Der „Vorwärts“ schreibt, es bleibe lohnhaft nur die Wiederwahl von Dr. Marx zum Ministerpräsidenten, die Wiederstellung des gestürzten Kabinetts und eine neue Abstimmung übrig. Bei der gestrigen Abstimmung fehlten vom Zentrum sechs Abgeordnete.

Dr. Stresemanns Antwort

auf Angriffe im preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 20. Februar. Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärt eine Erklärung in der er heißt: Der Abg. Heilmann hat gestern im preussischen Landtag nach Stellungnahme gegen mich verschiedene Angriffe gerichtet, denen gegenüber ich folgendes erkläre: 1. Wir ist bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung ein Fabrikarbeiter Weber vorgestellt worden, der den Wunsch ausdrückte, der Deutschen Volkspartei beizutreten, um Mitglied des Reichstages der Deutschen Volkspartei zu werden. Der genannte Klub, der keine engere Vereinigung ist, sondern über 1500 Mitglieder zählt, hat nach seinen Satzungen jeden als Mitglied aufnehmen, von dem bekannt ist, daß er zur Partei gehört. Nach der Erklärung des Herrn Weber hatte ich keine Veranlassung, mich irgendwie gegen seine Aufnahme zu wenden, zumal er mir von einem Mitglied der volksparteilichen Reichstagsfraktion vorgestellt worden war. Es ist selbstverständlich unmöglich, jemanden, der sich einer Partei anschließt, etwa vorher zu fragen, ob er in Zukunft mit den Kollegen in Konflikt kommen werde. Sobald der Reichstag erfahren hatte, daß gegen Herrn Weber Verdachtsmomente vorliegen, ist er aus den Mitgliederverzeichnissen gestrichen worden und hat davon sofort Kenntnis erhalten. Die Beiträge und Stiftungen, die Herr Weber der Deutschen Volkspartei gemacht hat, haben insgesamt den Betrag von 1000 Goldmark nicht erreicht. 2. Herr Heilmann behauptet ferner, daß der Direktor der Depostien- und Handelsbank Wolpe wiederholt von mir empfangen worden sei. Herr Wolpe ist im Begleitung des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Fleischer und des damaligen Reichspostministers Dr. Hoffe, von diesen eingeführt, bei mir gewesen zu einer Unterredung, in der der Reichspostminister den Ankauf hier lagernder Goldbestände gegen Papiermark durch die genannte Bank empfahl. Weber mir noch den mit der Vermittlung des Besuchs betrauten Beamten der Reichskanzlei ist erinnerlich, daß Wolpe außerdem bei mir gewesen wäre. Sollte das trotzdem der Fall sein, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Reichskanzlei alle Beziehungen zur Depostien- und Handelsbank und den damit beteiligten Personen abgebrochen hat, als sie aus einer schriftlichen Mitteilung des Herrn Geheimrat Hellinger erfuhr, daß gegen die Bank Bedenken obwalteten. 3. Herr Heilmann behauptet ferner, daß der frühere russische Volkskommissar Krasin im Besitze eines Empfehlungsschreibens wäre, das ich für Herrn Kommerzienrat Litwin ausgestellt habe, einen Mann übrigens, der seit 25 Jahren in Deutschland wohnt, während des Krieges als Deutscher naturalisiert worden ist, und dessen Ehre ihrer Militärpflicht während des Krieges genügt haben. Kommerzienrat Litwin hat mir auf meine bezüglich der Darstellung des Hrn. Heilmann an ihn gerichtete Anfrage erklärt, daß an den Erklärungen des Abg. Heilmann kein wahres Wort wäre und daß er von mir niemals ein Empfehlungsschreiben erbat und infolgedessen auch niemals ein Empfehlungsschreiben von mir erhalten hat.